

## Demokratiewissen

Wie werden Menschen an Demokratie herangeführt, von ihr begeistert und zur Partizipation befähigt?

Anders als es in der Öffentlichkeit ankam, war das Hauptziel der Studierendenstreiks in den letzten beiden Jahren nicht eine bessere Finanzierung von Bildung, sondern eine Demokratisierung von Universitäten und Schulen. Denn anders als von vielen angenommen, sind Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sehr wohl in der Lage und bereit dazu, ihr Leben selbst zu gestalten.

Um die Frage, wie Menschen zur Demokratie kommen und wie sie bestmöglich daran partizipieren können, beantworten zu können, müssen wir ganz zurückgehen auf die Erziehung von Kindern. Durch das Umfeld, in dem Kinder aufwachsen, und durch die Erziehung im frühkindlichen Alter werden Kinder geprägt. Wenn sie in die Schule kommen, beginnt ein Prozess, den Politik durch strukturelle Vorschläge beeinflussen kann und der alle Kinder gleichermaßen betrifft. Aber Demokratie, Mitbestimmung und Selbstbestimmung spielen in vielen Schulen keine entscheidende Rolle. In den meisten Schulgesetzen steht, die Schule solle die Kinder zu mündigen und demokratischen Bürgerinnen und Bürgern erziehen. Oft versagt die Schule dabei. Meistens ist es dabei nicht einmal ihre Schuld, denn viele Vorgaben von Seiten der Politik verhindern Mitbestimmung im Schulalltag und Selbstbestimmung beim Lernen.

Das derzeitige Bildungssystem ist vor allen Dingen von einem Gedanken geprägt: dem Leistungsprinzip. Es zieht sich durch alle Bildungseinrichtungen, durch alle Prozesse und die gesamte Ausgestaltung. Kinder und Jugendliche sollen möglichst schnell möglichst viele Dinge lernen, die sie im Arbeitsleben verwerten können, um dann möglichst schnell dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen.

Beispiele dafür sind unter anderem die frühe Selektion von Kindern für die unterschiedlichen Schulformen (in vielen Ländern werden Kinder schon nach vier Jahren auf Haupt- Realschule oder das Gymnasium verteilt), die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit von 12 auf 13 Jahre (G8), oder die Bachelor- und Master-Studiengänge, die StudentInnen vor allen Dingen dazu zwingen, ihr Studium in einer Regelstudienzeit von 6 bzw. 4 Semestern zu absolvieren. Überall dort geht der Selbstzweck von Bildung, das Aneignen von Welt verloren. Zur Aneignung der Welt gehört aber auch die Aneignung und das Ausprobieren demokratischer Prozesse und solidarischer Werte. Dieser Verlust lässt sich nur schwer an anderer Stelle kompensieren.

Wie soll ein Kind das Gefühl entwickeln, dass es selbst entscheiden kann, in welche Richtung es gehen will, wenn von Anfang an der gesamte Lernplan (und zwar von der ersten Klasse bis zum Masterabschluss) von Eltern, von Kultusministerien und LehrerInnen vorgegeben wird.

Die Schule sollte der wichtigste Ort sein, um Demokratie in einem geschützten Raum lernen und anwenden zu können. Vom Klassenrat über die SchülerInnenvertretung gibt es hierbei viele Möglichkeiten. Wichtig ist dabei, dass alle an Schule Beteiligten und von Entscheidungen betroffenen Personen und Personengruppen daran auf Augenhöhe mitwirken können. Wir brauchen eine radikale Demokratisierung der Schulen, damit das Ziel einer Erziehung zu kritischen und mündigen DemokratInnen verwirklicht werden kann.

Ein erster Schritt in die richtige Richtung ist eine stärkere Schulautonomie. Denn die starren Vorgaben in den Lehrplänen schränken momentan eine echte Mitbestimmung der Schülerinnen und Schüler ein. PädagogInnen haben gar keine Möglichkeit, ihre SchülerInnen entscheiden zu lassen, was, wann und wie gelernt werden soll. Auch sehen die meisten Schulgesetze kein Stimmrecht für SchülerInnen in den Schulgremien vor, sie können also oft nicht über Schulordnungen, Raumgestaltung oder Investitionen mitentscheiden. Schule ist im Moment geprägt durch Autoritäten, die nicht in Frage gestellt werden dürfen, da sonst Konsequenzen drohen. Ein echtes

demokratisches Miteinander sieht anders aus.

In autoritären Systemen, in denen Direktiven von oben nach unten unhinterfragt umgesetzt werden müssen, ist es praktisch unmöglich, Demokratie zu erfahren. Dabei gibt es viele gute Ansätze dieses autoritäre System aufzubrechen. Schulen wie die Laborschule Bielefeld oder die Helene-Lange Schule in Wiesbaden, beides Versuchsschulen ihrer jeweiligen Bundesländer, haben viele gute Erfahrungen mit echter Mitbestimmung im Unterricht und im Schulalltag gemacht. Dabei sind viele Formen denkbar: von der regelmäßigen Vollversammlung wie bei Summerhill oder Sudbury oder Schulparlamenten bis hin zu SchülerInnenvertretungen und Klassenräten ist vieles möglich. Auch in Grundschulen ist eine weitreichende Beteiligung grundsätzlich möglich, es müssen nur altersgerechte Methoden angewendet werden.

Die Schule muss Lebens- und Erfahrungsort sein. Ein Ort, an dem sich Kinder und Jugendliche entfalten und individuell lernen können. Die Schule muss ein Ort sein, an dem sie selbst gestalten können, was, wann und wie sie lernen wollen. Nur so können sie lernen, was Demokratie bedeutet und werden auch später an der Demokratie teilhaben wollen. Die Schule sollte das Abbild einer demokratischen, solidarischen Gesellschaft sein, auf die sie Kinder und Jugendliche vorbereiten muss. Kinder müssen von Anfang an einen Sinn und Geschmack für die Demokratie entwickeln.

Momentan besitzen Schulen kaum Autonomie darüber, was gelehrt und wie gelernt wird. Schulgesetze kommen aus den Ländern. Das Zentralabitur, das in vielen Ländern eingeführt wurde, brachte große Proteste von SchülerInnen und LehrerInnen mit sich. Es ist sehr schwierig, für LehrerInnen, nur umzusetzen, was von oben kommt, eigene inhaltliche Schwerpunktsetzung ist für Lehrkräfte sinnvoll, Gestaltungsspielraum im Lehrplan macht den Unterricht interessanter. Durch das Zentralabitur können Inhalte, die für SchülerInnen interessant sind, nicht vertieft werden, weil ein straffer Zeitplan eingehalten werden muss, selbstbestimmtes Lernen ist dadurch kaum möglich. Das ist ein Problem, wenn wir wollen, dass Menschen so weit wie möglich selbst darüber entscheiden können, wie ihr Leben und ihr Umfeld aussehen sollen. Um das zu ändern, müsste also die Autonomie der Schulen und der Universitäten ausgebaut werden.

Bildungseinrichtungen sollten über komplette oder zumindest weitgehende Autonomie verfügen. In Vollversammlungen sollen alle Menschen, die an einer Bildungsinstitution beteiligt sind, gleichberechtigt und gemeinsam entscheiden, wie und was sie lernen wollen und wie die Schule aussehen soll. Um ein solches System zu etablieren, müsste als erstes der Bildungsföderalismus zumindest weitgehend aufgelöst werden. Langfristig sollen Bildungseinrichtungen allein entscheiden. Nachteile einer so hohen Autonomie bestehen darin, dass SchülerInnen aus unterschiedlichen Schulen, die nach dem Abschluss danach zusammen eine Universität besuchen, möglicherweise unterschiedlichste Dinge gelernt haben. Der Zeitaufwand, alles zusammenzuführen, vergrößert sich, die Vergleichbarkeit von Leistungen wird schwieriger. Das muss man jedoch in Kauf nehmen für den immens großen Gewinn an demokratischer Kultur.

Was wir brauchen, ist ein Bewusstsein dafür, dass Demokratie nur funktionieren kann, wenn sie von Anfang an gelebt wird. Was die StudentInnen im aktuellen Bildungsstreik fordern, ist eine Demokratisierung der Universitäten. Es muss darüber hinaus eine Demokratisierung der Schulen und des gesamten Bildungswesens geben. Als Grüne sollten wir diesen Punkt in der Bildungspolitik herausstellen. Einhergehend damit muss ein Ziel sein, sich bei diesem Punkt von dem Glauben zu verabschieden, Kinder und Jugendliche seien nicht in der Lage, ihr Leben selbst zu organisieren. Im Gegenteil: es muss ein Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass Kinder und Jugendliche nur zu mündigen TeilnehmerInnen an unserer Demokratie werden können, wenn ihnen von Anfang an das Gefühl gegeben wird, dass sie dazu in der Lage und verantwortlich sind.